

Green News

Das Online-Magazin der Gewerkschaft der Polizei in Bayern



Ausgabe 04/2017

13. April 2017

Projektgruppe für neue Dienstpistole der Bayerischen Polizei nimmt Arbeit auf

Nach einer Schießvorführung für die Mitglieder des Innenausschusses des Bayerischen Landtags hat Innenminister Joachim Herrmann am vergangenen Mittwoch die Medien über den Start einer Projektgruppe zur Einführung einer neuen Dienstpistole informiert. Die derzeitige Dienstpistole P 7 von Heckler&Koch ist seit 1979 im Einsatz und hat sich laut Herrmann stets bewährt.

Die P 7 wird jedoch seit 2007 nicht mehr produziert, insofern ist eine Neuorientierung unausweichlich. Außerdem steigt die Zahl der Waffenträger bis 2020 auf 35.500. „Wichtig sind uns vor allem ein möglichst geringes Gewicht, eine einfache und sichere Bedienung sowie ein flexibel anpassbares Griffstück“, so Herrmann. Bei der Einführung einer neuen Dienstwaffe sei auch zu berücksichtigen, dass moderne Trainingswaffen sowie neues Zubehör wie Holster oder Magazintragetaschen beschafft werden müssten.

Die Aus- und Fortbildung, die taktischen Einsatzkonzepte sowie die polizeieigenen Waffenwerkstätten müssten dabei ebenso angepasst werden.

Bei der Auswahl der neuen Dienstwaffe orientiert sich die Projektgruppe an der „Technischen Richtlinie Pistole im Kaliber 9 mm x 19“. Im Vordergrund stehen dabei u.a. folgende Anforderungen: größtmögliche Funktionssicherheit der Waffen-/Munitionskombination, geringer Verschleiß, möglichst einfache aber

sichere Handhabung. Zudem sollen weitere taktische Anforderungen erfüllt sein: geringe Gefährdung Unbeteiligter, geringe Abprallergefahr, große Energieabgabe auf Weichziele zur Erzeugung der Angriffs- und Fluchtunfähigkeit, keine Splitterbildung, ausreichende Wirkung beim Beschuss von Hartzielen und Fahrzeugreifen. Hinsichtlich der Haltbarkeit wird eine Schussbelastungslebensdauer von mindestens 10.000 Schuss sowie eine garantierte Nutzungsdauer von 25 Jahren erwartet. Das Magazin soll mindestens 12 Patronen enthalten.

Neben all diesen technischen Anforderungen soll auch die Polizeipraxis in möglichst großer Breite eingebunden werden. „Deshalb werden Beamtinnen und Beamte aus allen Einsatzbereichen der Bayerischen Polizei die in Frage kommenden Waffen und Holster während einer Testphase in unseren Schießanlagen ausführlich

auf Herz und Nieren testen“, so Herrmann. Die Leitung der Projektgruppe übernimmt der neue oberfränkische Polizeipräsident Alfons Schieder. Die Auslieferung soll bis 2019 erfolgen, das Budget sieht rund 30 Millionen Euro Gesamtkosten für die Umstellung vor. Die GdP hat soeben ihre Teilnehmer für die Projektgruppe benannt: Ernst Kuisle vom PP Schwaben Süd/West und Martin Lehner vom PP Niederbayern werden diesen Prozess weiter begleiten. Wir werden weiter berichten.



V.l.: Projektgruppenleiter Alfons Schieder, LPP Prof. Dr. Wilhelm Schmidbauer, Innenminister Joachim Herrmann, MdL Eva Gottstein, MdL Manfred Ländner

Aus dem Landtag: Arbeitszeitregelung bei Fortbildungsreisen

Aus den Reihen der Mitglieder wird immer wieder vorgetragen, dass die Arbeitszeitregelung bei Fortbildungsreisen ungerecht ist und insbesondere diejenigen benachteiligt, die große Entfernungen z.B. nach Ainring zurücklegen müssen. Gerade am Freitag bei Lehrgangsschluss haben die Betroffenen aus Ober- und Unterfranken nicht nur den langen Weg, sondern auch verkehrstechnisch mit regelmäßigen Staus auf A 99, A 9 u. A 3 zu kämpfen, auch die Kollegen/-innen aus Schwaben Südwest sind oft extrem lange unterwegs.

Entsprechende Anträge gab es auch beim Landesdelegiertentag (D 12 bis insbesondere D 15). Aufgrund diverser Gespräche hatte die SPD-Fraktion nun einen Antrag im Landtag eingebracht, der diese Benachteiligung beseitigen sollte. Es wurde die Anrechnung der vollen Reisezeit als Arbeitszeit gefordert, ganz im Sinne der GdP. Leider wurde dieser Antrag jedoch von CSU und Freien Wählern abgelehnt. Begründet wurde diese Ablehnung zum einen damit, dass es letztlich für alle Beamten/-innen ein-

heitlich geregelt werden müsste, da ja z.B. die Verwaltungsbeamten oft ihre Lehrgänge in Hof absolvieren, zum anderen sei das Fortbildungsangebot im Vergleich zu den meisten Bereichen der Freien Wirtschaft sehr großzügig und auch die Arbeitszeitregelung am An- und Abreisetag gleiche in gewissem Umfang die Reisezeit pauschal aus, weil ja der Unterricht sowohl am Montag erst mittags beginne und am Freitag eben mittags ende, jedoch jeweils der gesamte Tag mit der Sollzeit als Arbeitszeit angerechnet wird. Man verwies darauf, dass viele Firmen überhaupt keine Fortbildung für ihre Mitarbeiter anbieten, diese sei „Privatvergnügen“ und grundsätzlich in der Freizeit zu leisten, insofern sei der Staat als Arbeitgeber doch recht großzügig.

Für die GdP ist diese Entscheidung unbefriedigend, zudem man die Benachteiligung bei langen Fahrzeiten ja durchaus eingesehen hat. Allerdings ist aufgrund des ablehnenden Beschlusses des Ausschusses für den Öffentlichen Dienst derzeit keine Möglichkeit zur Änderung gegeben. (PSch)

GdP-Seminar „Arbeits- und Gesundheitsschutz“

Die GdP-Bayern setzte ihre erfolgreiche Seminarreihe „Arbeits- und Gesundheitsschutz“ 2017 (erstmalig 2003), in Titting-Emasing fort. Die Zielgruppe Verantwortliche, Dienststellenleiter und Personalräte erwartete ein dreitägiges Arbeitsseminar, das versuchte die schwierige komplexe Thematik in Theorie und Praxis zu vermitteln. Mit den Fachreferenten Herrn Dr. Kühl (Leiter Geschäftsstelle Arbeitsschutz Polizei - GAP) und Herrn Brunner (Fachkraft für Arbeitssicherheit – FASi) konnten wieder Spitzenleute des Arbeits- und Gesundheitsschutzes in Bayern gewonnen werden. Gesetze, Verordnungen, Richtlinien und Systeme des angewandten Arbeits- und Gesundheitsschutzes wurden verständlich aufgeschlüsselt. In Beispielen und Gruppenarbeiten wurden Ablaufprozesse erklärt und eingeübt. Dem Seminarleiter Kellermeier oblag die Darstellung des Personalrats in den Prozessen.

Einen Großteil des Seminarinhaltes belegte das „Behördliche Gesundheitsmanagement – BGM“. Einmalig war die zeitweise Teilnahme des Polizeipräsidenten aus Niederbayern, Herr Rückl. Beim BGM entwickelte sich ein hervorragender Austausch über alle beteiligten Ebenen. Ein Polizeipräsident, der Arbeits- und Gesundheitsschutz und damit auch das ganzheitliche BGM als „Chefsache“ bezeichnet und auch vollzieht. Verantwortliche in Präsidien und FASi, die ihre Rollen beschreiben, sowie Personalräte, die ihre Beteiligungsformen darlegen und einfordern. Innerhalb des Seminars stieß man immer wieder auf das hohe Personalfehl im Bereich der Arbeitsmediziner und der Fachkräfte für Arbeitssicherheit. Wodurch diese ihren eigentlichen Aufgaben



nach Arbeitssicherheitsgesetz nicht nachkommen können. Hier wird von Seiten der GdP ein großer Handlungsbedarf beim Bay-StMI gesehen.

Fazit: Ein umfassend gelungenes und notwendiges Seminar.

Vieles ist erreicht und umgesetzt. Wichtiges ist noch zu erledigen und auf den Umsetzungsweg zu bringen. Aufgrund der vielen Anfragen findet im Juli 2017 ein zweites Seminar „Arbeits- und Gesundheitsschutz“ statt.

Arbeits- und Gesundheitsschutz geht alle Polizeibeschäftigte an, vor allem aber die Führungskräfte und Entscheidungsträger der Bayerischen Polizei!

Die Erfahrung aus den letzten 14 Jahren Arbeitsschutzseminaren der GdP-Akademie zeigt, dass insbesondere Dienststellenleiter und PP-Verantwortliche die tatsächliche Verantwortung übertragen bekommen, aber dazu nicht die zwingend notwendigen fachlich inhaltlichen Schulungen erhalten. Dieses dienstliche Angebot gibt es bis dato noch nicht. Wir werden diese Lücke mit unseren Fachleuten weiter gerne schließen.



„Schlimme Tat“: GdP zu Anschlag auf Dortmunder Mannschaftsbus

Mit Entsetzen hat die Gewerkschaft der Polizei (GdP) auf den Anschlag auf den Mannschaftsbus von Fußball-Bundesligist Borussia Dortmund reagiert. „Diese schlimme Tat zeigt, dass jedes Ziel in Frage kommen kann“, sagte der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Arnold Plickert am Mittwoch in Dortmund. Er fügte hinzu: „Terroristen wollen die freizügige Lebensgestaltung hier in Deutschland angreifen und nutzen dazu alle Möglichkeiten.“ Plickert, der auch GdP-Landesvorsitzender von Nordrhein-Westfalen ist, versicherte, dass seine Kolleginnen und Kollegen mit

Hochdruck ermitteln, um die schwere Straftat schnell aufzuklären und den oder die Täter dingfest zu machen. Zugleich mache er Anschlag deutlich, dass solche Taten in einer freien Gesellschaft letztlich nicht zu verhindern seien.

Nach den Worten des GdP-Vize-Chefs wird für das heutige Spiel seitens der Polizei alles unternommen, um für die Zuschauer höchstmögliche Sicherheit zu gewährleisten. Deshalb sei die Zahl der polizeilichen Einsatzkräfte massiv erhöht worden, betonte Plickert.

GdP zu Einigung der Koalitionsparteien auf härtere Strafen bei Wohnungseinbruch

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) begrüßt die Absicht der Koalitionsparteien, Wohnungseinbruchdiebstähle härter zu bestrafen. Für die Opfer solcher Delikte stelle das gewaltsame Eindringen in ihre Privatsphäre häufig eine gravierende seelische Belastung dar. Die beabsichtigte Erhöhung der Mindeststrafe für ein solches Delikt auf ein Jahr Gefängnis werde der Ausnahmesituation der Opfer gerecht, sagte der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow am Donnerstag in Berlin. Zudem, so Malchow weiter, sende der Rechtsstaat ein deutliches Signal an die Täter von Wohnungseinbrüchen.

Rückgang dieses Delikts in zwölf von dreizehn Ländern, erläuterte der GdP-Bundesvorsitzende. Drei Länder haben ihre Kriminalitätszahlen noch nicht veröffentlicht. Malchow: „Zu dieser positiven Entwicklung beigetragen haben neben verstärkten präventiven Maßnahmen auch die Ausweitung von Schwerpunktkontrollen sowie die Bildung spezialisierter Ermittlungsstellen.“ Der GdP-Chef sieht unterdessen keinen Grund zur Entwarnung. Der Straftatenrückgang sei eine Momentaufnahme, seriöse Aussagen über Trends erforderten einen Betrachtungszeitraum von mehreren Jahren.

Wohnungseinbruchdiebstahl (WED) -435*00-

Bundesland	2016	2015	2014	2013	2012	Anstieg	%
Baden-Württemberg	11.095	12.255	13.483	11.295	8.572	-1.160	-9,5%
Bayern	7.470	7.480	8.210	6.385	5.709	-10	-0,1%
Berlin	11.507	11.815	12.159	11.566	12.291	-308	-2,6%
Brandenburg	4.180	4.436	3.991	4.001	3.735	-256	-5,8%
Bremen	3.082	3.544	3.555	3.439	3.568	-462	-13,0%
Hamburg	7.510	9.006	7.490	6.924	7.094	-1.496	-16,6%
Hessen	10.405	11.595	10.978	10.795	10.570	-1.190	-10,3%
Mecklenburg-Vorpommern	nnVO	1.521	1.530	1.521	1.413		
Niedersachsen	16.405	16.575	14.654	15.743	14.598	-170	-1,0%
Nordrhein-Westfalen	52.578	62.362	52.794	54.953	54.167	-9.784	-15,7%
Rheinland-Pfalz	6.744	7.125	5.819	5.858	5.479	-381	-5,3%
Saarland	1.947	2.437	2.485	2.095	2.031	-490	-20,1%
Sachsen	nnVO	4.257	3.869	3.620	3.840		
Sachsen-Anhalt	3.061	2.795	2.598	2.588	2.484	266	9,5%
Schleswig-Holstein	7.711	8.456	7.529	7.534	7.654	-745	-8,8%
Thüringen	nnVO	1.477	979	1.183	912		
Gesamt	143.695	167.136	152.123	149.500	144.117		

nnVO = noch nicht veröffentlicht

Stand: 30.03.2017

Die beabsichtigte Gesetzesänderung erweitere zudem das Instrumentarium der Polizei und verbessere damit die Möglichkeit, den Tätern schneller habhaft zu werden. Der demnächst als schwere Straftat kategorisierte Wohnungseinbruchdiebstahl erlaube der Polizei nach Zustimmung eines Richters die Telekommunikation von Verdächtigen auszuwerten. „Ermittlungen bei Wohnungsaufbrüchen sind meist zeit- und personalaufwändig, die Erweiterung des Aufklärungsinstrumentariums wird unseren Kolleginnen und Kollegen dabei helfen, wirksamer gegen Einbrecher vorzugehen“, sagte der GdP-Chef.

Angaben der GdP zufolge hat die Zahl der vollendeten und versuchten Wohnungseinbrüche im vergangenen Jahr abgenommen. Eine Analyse der bisher von den Ländern veröffentlichten Polizeilichen Kriminalstatistiken für das Jahr 2016 ergebe einen

„Die Polizei muss auch weiterhin, viel Zeit und viel Personal investieren, um den Wohnungseinbruchdiebstahl wirksamer bekämpfen zu können“, sagte Malchow. Dieses dort notwendige Personal fehle aber womöglich an anderer Stelle. Erst 2021, so hatte die GdP vor rund zwei Wochen gemeldet, werde es etwa 12.000 mehr Polizisten geben. Diese verteilten sich mit über 7.000 neuen Kolleginnen und Kollegen auf die Bundespolizei und das Bundeskriminalamt. 5.000 neue Polizistinnen und Polizisten würden in den Ländern ihren Dienst antreten. Nur in fünf Ländern, so die GdP, könne man von einem deutlichen Personalaufwuchs reden. Malchow: „Trotz einer insgesamt positiven Entwicklung heißt das, dass die Länder zu wenig gegen die sogenannte Alltagskriminalität tun.“

Die Junge Gruppe (GdP) Mittelfranken lädt zum ersten Bubble-Soccer-Turnier

„Spiele nicht nur Fußball – sondern sei auch mal der Ball“, hieß es beim Bubble-Soccer-Turnier der Jungen Gruppe (GdP) Mittelfranken. Am 22.02.2017 wurde dieses im indoor-sport in Fürth zum ersten Mal erfolgreich veranstaltet. Es nahmen insgesamt 18 mutige Kolleginnen und Kollegen an dem Spektakel teil. Zur kurzen Erklärung: Beim Bubble-Soccer spielt man Fußball während man in einer großen Plastik-Blase steckt. Man spielte Fünf gegen Fünf und versuchte mehr Tore als der Gegner zu erzielen. Nach einigen Spielminuten war es jedoch wichtiger überhaupt erst einmal auf den Beinen zu bleiben, da der Spielball auch manchmal in den Hintergrund trat und der schweißtreibende Zweikampf wichtiger erschien. Schließlich konnte sich am Ende, nach einer Vielzahl nicht geplanter „Flüge“, eine der beiden

Mannschaften der PI Nürnberg-Mitte den Sieg sichern. Nach der Siegerehrung, bei der auch unser BG-Vorsitzender Helmut Frey und seine Stellvertreterin Ulrike Rauskolb-Kunz die Teilnehmer ehrten, wurden bereits die Anmeldungen für das nächste Bubble-Soccer-Turnier entgegengenommen. Abschließend möchten wir, die Junge Gruppe (GdP) Mittelfranken, uns bei den Organisatoren, Helfern und dem Team des indoor Sport Fürth bedanken und freuen uns auf das nächste Jahr. Für ein paar Eindrücke des Turniers kann gern die Facebook-Seite der Jungen Gruppe (GdP) Mittelfranken besucht werden. Ein Facebook-Konto ist dazu noch nicht einmal notwendig, einfach eine Google-Suche mit „jungegruppemittelfranken“ starten. Erstellt durch Christopher Wildner, Vors. JG Mittelfranken



Plickert: Risiken des automatisierten Fahrens nicht auf Fahrzeugführer abwälzen

Der aktuelle Gesetzentwurf des Bundeskabinetts zum automatisierten Fahren bildet nach Auffassung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) keine ausreichende Grundlage für eine rechtssichere Nutzung autonom arbeitender Fahrfunktionen. „Insbesondere eindeutige Regelungen zur Verantwortung und Haftung des Fahrzeugführers fehlen in diesem Papier“, sagte der im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand für Verkehrspolitik zuständige stellvertretende Bundesvorsitzende Arnold Plickert am Donnerstag in Düsseldorf.

Diese hätten im Übrigen Änderungen weiterer Rechtsverordnungen zur Folge, sagte er. Noch bestehende Risiken würden dadurch in hohem Maß auf den Fahrzeugführer abgewälzt. Deutschland ist nach Einschätzung des GdP-Vize eines der verkehrssichersten Länder der Welt. Doch mit jährlich über 3.200 Verkehrstoten und fast 400.000 Verletzten dürfe sich niemand abfinden. Plickert: „Neun von zehn Unfällen entstehen durch menschliches Fehlverhalten. Die GdP begrüßt es deshalb, die positiven Potenziale des vernetzten und automatisierten Fahrens verstärkt auszuschöpfen. Viele Unfälle hätten mit dieser Technik womöglich vermieden werden können.“ Plickert zeigte sich skeptisch, ob elektronische Systeme den Kraftfahrer in absehbarer Zeit vollständig ersetzen sollten. Eine Prognose, wie weit eine teil- oder vollautomatisierte Verkehrswelt tatsächlich

sicherer als die Eigenverantwortung des Verkehrsteilnehmers wäre, sei momentan nicht möglich. Zudem könnte die Technik zu noch nicht erkannten neuen Sicherheitsproblemen führen, mahnte der GdP-Verkehrsexperte.

„Durch den vermehrten Einsatz elektronischer Systeme und deren Vernetzung wird es zunehmend schwieriger festzustellen, wer einen Unfall verursacht hat: ein Mensch oder die Maschine. Gleiches gilt für die Frage, wer verantwortlich ist und haftet“, gab Plickert zu Bedenken. Ein entsprechender Rechtsrahmen für Automatisierungsfunktionen an Kraftfahrzeugen sei daher längst überfällig. Keinesfalls dürfe dabei jedoch der Opferschutz unter fehlenden Regelungen leiden. Der GdP-Vize forderte den Gesetzgeber auf, dem langjährigen Vorschlag des Deutschen Verkehrsgerichtstages zu folgen, angesichts oft unzulänglicher Zeugnisaussagen und dem notwendigen verbesserten Ausschöpfen des Sachbeweises einen Unfalldatenschreiber oder einen sogenannten Event-Data-Recorder in Kraftfahrzeugen verpflichtend vorzuschreiben. In den USA ist das Plickert zufolge bereits seit vielen Jahren Usus. Dort erhielten nur solche Kraftfahrzeuge eine Zulassung, bei denen die Hersteller eine Auslesbarkeit der Kraftfahrzeugdaten ermöglichten. Für deutsche Autofahrer bedeutete dies im Falle eines Unfalls eine spürbar verbesserte Ausgangslage, rechtliche Ansprüche besser durchzusetzen zu können.



TOP GEKLEIDET SPORTLICH AKTIV!

Gemeinsam mit unserem Partner **skinfit** bieten wir Euch hochfunktionelle Sportbekleidung auf hohem Niveau zu Sonderkonditionen an. In **besonderen Aktionswochen** erhalten GdP-Mitglieder **einen Rabatt von 15 %** im Skinfit Shop in München oder per Mail an **skinfit.muenchen@skinfit.eu** auf perfekte Funktionsbekleidung.

Die Produkte sind aus äußerst hochwertigen, schnell trocknenden, leichten und hautfreundlichen Materialien hergestellt, um den Anforderungen verschiedenster Sportarten gerecht werden und gleichzeitig universell einsetzbar zu sein – SIMPLY MULTISPORT. Dabei ist das Design schön und zeitlos zugleich und kann so über Jahre hinweg kombiniert werden.

Skinfit Shop München

Implerstraße 7 • 81371 München • Telefon: +49 89 8999 8865
skinfit.muenchen@skinfit.eu • www.skinfit.eu
Geöffnet: Mo – Fr: 11 – 14 Uhr / 16 – 19 Uhr und Sa: 10 – 14 Uhr

**Nächste Aktionswoche:
24. – 29. April 2017**

**Weitere Termine und Infos:
www.gdpservicegmbh.de und www.skinfit.eu**



Gültig in der oben genannten Woche.

**Special offer
-25%**